

Geldströme in Moscheen im Visier

Religion Manche Moscheen erhalten finanzielle Unterstützung aus dem Ausland. Wie viel Geld woher kommt, bleibt dabei meist im Dunkeln. Politiker von links bis rechts fordern nun mehr Transparenz. Islamwissenschaftler kritisieren die Vorschläge jedoch.

Maja Briner

Die Forderung klingt trocken, doch sie birgt Zündstoff: Vereine, die Geld aus dem Ausland erhalten oder ins Ausland schicken, sollen sich ins Handelsregister eintragen müssen. Das verlangt die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala in einer Motion, die auch von Politikern aus SP und SVP unterstützt wird. Der Vorstoss zielt insbesondere auf muslimische Vereine. Fiala sieht die Registrierpflicht als Massnahme im Kampf gegen Geldwäscherei, Radikalisierung und Terrorisfinanzierung. Der Eintrag im Handelsregister würde die Vereine von Gesetzes wegen zu einer ordentlichen Buchführung verpflichten. Zudem ist der Eintrag öffentlich; Behörden und Private könnten dadurch nachschauen, wer einen Verein präsidiert und welchen Zweck dieser hat. Fiala sagt: «Das ist der kleinstmögliche Eingriff, um mehr Transparenz zu schaffen.»

Laut dem Luzerner Islamforscher Andreas Tunger-Zanetti werden die allermeisten der schweizweit rund 260 Moscheen von Vereinen getragen. Hinter einem kleinen Teil stehen Stiftungen, beispielsweise bei der König-Faysal-Moschee in Basel. Von dieser ist bekannt, dass sie zumindest in der Vergangenheit Gelder vom saudischen Staat erhielt. Für Schlagzeilen sorgte jüngst auch die Finanzierung von Moscheen durch die türkische Religionsbehörde Diyanet.

Expertengruppe rügt fehlende Transparenz

Oft bleiben die Geldflüsse im Dunkeln. Die internationale Expertengruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorfinanzierung (Gafi) bemängelte kürzlich die mangelnde Transparenz bei Vereinen in der Schweiz. «Kleinere, religiöse Non-Profit-Organisationen könnten besonders anfällig sein für Terrorisfinanzierung», heisst es im

Anfang Dezember veröffentlichten Bericht weiter. Auf Empfehlung der Expertengruppe hat der Bund bereits die kirchlichen Stiftungen verpflichtet, sich ins Handelsregister einzutragen.

Für den Islamwissenschaftler Reinhard Schulze schiesst Fialas Forderung dennoch am Ziel vorbei. «Das Anliegen ist berechtigt, das Instrument aber wenig erfolgversprechend», sagt er. Das Verfahren sei kompliziert und bürokratisch. Zwar könnte der Bundesrat festlegen, dass die Eintragungspflicht erst ab einer gewissen Summe gilt. «Doch es ist fraglich, wie dies kontrolliert werden kann», sagt Schulze. Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoller, wenn Kantone muslimische Dachorganisationen als öffentlich-rechtliche Einrichtungen anerkennen würden. Im Gegenzug müssten die Organisationen und ihre Mitgliedsgemeinden ihre Finanzen offenlegen.

Farhad Afshar, Präsident des muslimischen Dachverbands Kios, hält die Forderung der Motion für «vollkommen unverhältnismässig». Die heutigen Gesetze genügen aus seiner Sicht, auch seien die Muslime «hervorragend» in die Arbeitswelt und die Nachbarschaft integriert, sagt er. Ein «Sondergesetz» für muslimi-

«Die Summe ist nicht entscheidend, sondern die Loyalität, mit der solche Spenden erwidert werden.»

Reinhard Schulze
Islamwissenschaftler



Ob eine Moschee Geld aus dem Ausland erhält, weiss die Öffentlichkeit oft nicht. Bild: Peter Schneider/KEY

sche Vereine sei der falsche Weg, kritisiert Afshar. Ähnlich wie Schulze fordert er, dass Muslime öffentlich-rechtliche Glaubensgemeinschaften bilden können.

Wie viel Geld heute aus dem Ausland an muslimische Organisationen in der Schweiz fliesst,

kann Afshar nicht beantworten. Auch Schulze kann nur schätzen: Es sei kein zwei- oder dreistelliger Millionenbetrag, sondern weniger. Doch Schulze sagt: Die Summe sei nicht entscheidend, sondern die Loyalität, mit der solche Spenden erwidert werden.

Dass Geld aus dem Ausland im grossen Stil in Schweizer Moscheen fliesst, glaubt auch Andreas Tunger-Zanetti nicht. «Wenn namhafte Beträge aus dem Ausland fliessen würden, würde man das sehen: Die Moscheen würden sich mehr und

besser ausgebildetes Personal und gediegenere Räume leisten», sagt er. Dass Politiker finden, die Finanzierung von Moscheen sei intransparent, kann er nicht nachvollziehen. «Ich habe den Eindruck, dass sich solche Politiker nicht bemüht haben, an Zahlen zu kommen», sagt er.

Laut Tunger-Zanetti funktioniert die interne Kontrolle in den allermeisten Fällen gut. «Die Mitglieder ticken in vielen Fällen sehr schweizerisch und wollen wissen, was in die Kasse reinfliesst und was rausgeht», sagt er. Zudem sei die Moschee für viele sehr wichtig – um zu beten, sich zu treffen und an sozialen Aktivitäten teilzunehmen. «Das alles würden sie mit unsauberen Geschäften aufs Spiel setzen», sagt Tunger-Zanetti. Er lehnt die Forderungen von Fialas Motion daher ab. «Damit würde das Signal eines Generalverdachts ausgesandt», kritisiert er. Das sei problematisch, solange konkrete Belege für das Bestehen eines verbreiteten Problems fehlten.

«Das wäre blauäugig»

Nationalrätin Fiala kontert die Kritik an ihrer Motion. «Wo alles sauber läuft, ist auch der Handelsregistereintrag problemlos», findet sie – und warnt vor Verharmlosung: «Das wäre blauäugig und nicht im Sinne einer professionellen Risikoanalyse.» Nicht alles, was religiös sei, sei zwingend auch gemeinnützig, hält sie fest.

Den Vorwurf, einen Generalverdacht zu erheben, weist Fiala ebenfalls zurück. Sie habe den Vorstoss ausgewogen formuliert und sich monatelang mit Experten besprochen. Die Motion zielt auch nicht nur auf muslimische Vereine, betont Fiala: «Auch die katholische Kirche ist nicht über alle Zweifel erhaben, was bereits der Vorgänger des heutigen Papstes mit seinem Kampf gegen Geldwäscherei dokumentierte», sagt die Katholikin.

Die SVP hat ein Problem am rechten Rand

Kontroverse Ein Vorstandsmitglied einer Zürcher SVP-Sektion hat auf Facebook ein rassistisches Video verbreitet. Der Kantonalpräsident fordert nun Konsequenzen.

Ein 17 Sekunden langes Video auf Facebook hat gereicht, um Christian Klambaur aus dem zürcherischen Rütli in die nationalen Medien zu katapultieren und seine politische Karriere wohl zu beenden. «SVP-Vorstandsmitglied schockiert mit Rassist-Video», schrieb der «Blick», der den Clip auf der Facebook-Seite des SVP-Lokalpolitikers entdeckt hatte. «Ich bin von Afrika hierhergekommen, ich brauche jetzt Asyl», wird darin einem dunkelhäutigen Schauspieler in einer Nachvertonung eines Hollywood-Films in den Mund gelegt. «Asyl? Aber sicher nicht in Bubikon», antwortet sein Gegenüber. Mit den Worten «Du Scheiss Neger» stösst er den dunkelhäutigen Mann schliesslich in einen Abgrund.

Klambaur verteidigte das Video zuerst: «Ich finde das witzig, man darf doch auch mal über ein ernstes Thema ein

<Gschpässli> machen», sagte er. Auf Facebook entschuldigte er sich dann gestern aber trotzdem. Ihm sei ein Missgeschick unterlaufen. «Ich habe offenbar ein als rein privat gedachtes Video, das als rassistisch aufgefasst werden kann, öffentlich auf Facebook gepostet», so Klambaur. Es tue ihm «unendlich leid», falls er damit Menschen verletzt habe.

Für Kantonalpräsident ist das Video «inakzeptabel»

Rolf Tremp, Präsident der SVP Rütli, äusserte sich empört über das Video: «Wir distanzieren uns als Partei von diesen Äusserungen.» Auch Konrad Langhart, der Präsident der SVP des Kantons Zürich, bezeichnet den Clip als «inakzeptabel». «So etwas geht nicht», sagt er auf Anfrage. Die SVP-Sektion Rütli müsse den Vorfall nun genau abklären und dann die entsprechenden Konsequenzen ziehen. «Ich will der Sektion aber nicht vorgreifen», sagt Langhart.

Es ist keineswegs das erste Mal, dass ein SVP-Vertreter Schlagzeilen macht wegen Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit. Nach zwei Vorfällen im Jahr 2012 sah sich der damalige SVP-Generalsekretär Martin Baltisser gar zu einem schriftlichen Aufruf genötigt. «Solche Leute haben in der SVP nichts zu suchen», schrieb er. Ein Zürcher hatte zuvor auf Twitter eine «Kristallnacht» für Moscheen gefordert, und ein Solothurner hatte auf Facebook dazu aufgerufen, Asylbewerberheime in die Luft zu sprengen. Baltisser mahnte die SVP-Sektionen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und zu handeln, wenn es zu Verfehlungen komme.

Doch das Problem plagt die SVP weiter. In jüngerer Vergan-

«Die SVP hat in den vergangenen Jahrzehnten alle anderen Parteien rechts von ihr aufgesaugt.»



Marc Bühlmann
Politologe Universität Bern

genheit machte beispielsweise der St. Margrether SVP-Politiker Marcel Toeltl Schlagzeilen. 2015 schrieb er in seinem Blog unter anderem, Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea hätten «nachweislich einen sehr tiefen Länder-IQ». Rassismusrwürfe wurden laut. Die St. Galler Anklagekammer hat nun eine Beschwerde Toeltls gegen einen St. Galler, der ihn als «Nazi-Sympathisanten» bezeichnet hatte, abgewiesen.

Blocher will gesamte rechte Seite besetzen

Dass SVP-Mitglieder immer wieder durch rassistische oder fremdenfeindliche Äusserungen auffallen, überrascht Marc Bühlmann nicht. Er ist Politologe an der Universität Bern und Direktor von «Année Politique Suisse». «Die SVP hat in den vergangenen Jahrzehnten alle anderen Parteien rechts von ihr aufgesaugt und

ist selber auch nach rechts gerutscht», sagt Bühlmann. Das ist durchaus Kalkül: SVP-Vordenker Christoph Blocher will rechts von seiner Partei keine andere demokratisch legitimierte Partei haben. Die Schweizer Demokraten oder die Partei National Orientierter Schweizer sind denn auch praktisch inexistent. «Jemand, der rechtskonservative oder rassistische Ansichten vertritt, geht zur SVP», sagt Bühlmann. Das hat laut ihm aber auch einen Vorteil: Als bürgerliche Partei habe die SVP so die Möglichkeit, radikale Personen zu sozialisieren. «Würden sich diese in einer eigenen, kleinen Gruppierung zusammenfinden, wäre das gefährlicher», so Bühlmann. Dass die SVP von solchen Vorfällen einen Imageschaden davonträgt, glaubt er nicht.

Michel Burtscher